

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
– Verfassungsschutz –



Antisemitismus im Extremismus

Hintergründe – Erscheinungsformen
– Präventionsangebote

Informationen zum Thema
Antisemitismus in Niedersachsen



Niedersachsen

Impressum

Herausgeber:
Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Büttnerstraße 28, 30165 Hannover

Layout & Gestaltung:
Verfassungsschutz Niedersachsen

Stand: März 2021, 1. Auflage

INHALT

Vorwort	5
Experten	8
1. Was bedeutet Antisemitismus?	10
2. Erscheinungsformen	13
▶ Religiöser Antisemitismus.....	13
▶ Rassistischer Antisemitismus.....	13
▶ Sozialer Antisemitismus.....	14
▶ Politischer Antisemitismus.....	14
▶ Antizionistischer Antisemitismus.....	15
▶ Sekundärer Antisemitismus.....	15
3. Antisemitismus im Rechtsextremismus	16
▶ Parteien.....	19
▶ Rechtsextremistische Musik.....	24
▶ Identitäre Bewegung.....	27
4. Antisemitismus im Islamismus	30
▶ Religiös begründete Rechtfertigungen.....	31
▶ Nahost-Konflikt.....	32
▶ Antisemitismus im Salafismus.....	35
▶ Auswirkungen auf Deutschland.....	36
5. Antisemitismus im Linksextremismus	38
6. Prävention	41
Schlusswort	44

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

die deutsche Geschichte mit dem grenzenlosen Judenhasse der Nationalsozialisten, die in den unvergleichlichen Zivilisationsbruch der Shoah mündete, sind Verpflichtung und Verantwortung zugleich. Es ist eine Verantwortung, die keinen Schlusstrich kennt und keinen Schlusstrich kennen darf.



Wie unverzichtbar der konsequente Einsatz für das jüdische Leben in Deutschland und gegen jede Form von Antisemitismus bleibt, zeigen leider immer wieder neue antisemitische Vorfälle und Anschläge auf schreckliche Weise. Wir alle erinnern uns noch an den furchtbaren Terrorakt in Halle am 9. Oktober 2019 – dem höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur. Auch der antisemitische Brandanschlag auf ein Lokal in Berlin am 14. August 2020 und die täglich zu registrierenden Angriffe auf Menschen jüdischen Glaubens und jüdische Einrichtungen in Deutschland zeigen eindringlich, wie ernst die vom Antisemitismus ausgehende Gefahr ist. Wir werden den Einsatz im Kampf gegen den Antisemitismus daher entschlossen fortsetzen und wo immer nötig weiter verstärken.

Zusätzlich zu wichtigen repressiven Maßnahmen kommt dabei gerade der Prävention derartiger Taten eine große Bedeutung zu. Ein präventives Maßnahmenpaket beinhaltet zunächst die konsequente Verfolgung antisemitischer Straftaten und Propaganda, die heute insbesondere über das Internet starke Verbreitung und in zahlreichen Verschwörungstheorien Ausdruck findet.

Die Niedersächsische Landesregierung unternimmt vielschichtige Aktivitäten, um ein Höchstmaß an Schutz für jüdische Einrichtungen und Gemeinden zu gewährleisten. Die Polizei trifft auf Grundlage einer fortlaufenden Lagebeurteilung im Rahmen einer differenzierten Einzelfallbetrachtung alle erforderlichen Maßnahmen und steht als kompetenter Berater zur Verfügung. Es besteht ein enger Kontakt und Austausch mit den örtlichen jüdischen Einrichtungen und Verantwortlichen.

Die hässliche Fratze des Antisemitismus zeigt sich in verschiedenen Formen und Ausprägungen. Einerseits tritt Antisemitismus ganz offen auf, in Form von unverhohlenem Hass auf Jüdinnen und Juden. Andererseits kommt er auch unterschwellig und in Anspielungen zum Ausdruck, teils maskiert als vermeintlich legitime Kritik am Handeln des Staates Israel.

Antisemitische Straftaten sind in Deutschland nach wie vor überwiegend politisch rechts-extremistisch motiviert. Entsprechende Einstellungsmuster und Handlungen stellen ein zentrales Element der rechtsextremistischen Ideologie dar. Antisemitische Einstellungen treten jedoch ebenfalls im Islamismus und Linksextremismus auf. Über die verschiedenen Extremismusformen hinweg werden antisemitische Argumentationsmuster mit jeweils eigenen Schwerpunktsetzungen und Hintergründen geteilt. Während sich im Rechtsextremismus sowohl Antisemitismus als auch Rassismus verbinden, bildet für Linksextremisten häufig der Nahost-Konflikt den Anlass zur Verbreitung antisemitischer Stereotype. In vielen islamistischen Strömungen werden verschwörungstheoretische Elemente mit vermeintlich religiösen Begründungen vermischt.

Antisemitisches Gedankengut richtet sich pauschal gegen Menschen aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit; Extremisten dient er in ideologischer Form als Legitimation für Hass und im schlimmsten Fall für Gewalttaten. Wir müssen daher beständig auf allen Ebenen dafür kämpfen, dass Antisemitismus keinen Raum in unserer Gesellschaft erhält und dort, wo er bereits Raum einnimmt, entschlossen zurückgedrängt wird.

Wie wichtig die ganzheitliche und präventive Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ist, wurde auch auf der Konferenz „Gemeinsam gegen Antisemitismus in Europa – Strukturen und Strategien für eine ganzheitliche Bekämpfung“ am 10. September 2020 deutlich. Diese Konferenz richtete sich an die Antisemitismusbeauftragten aus den jeweiligen EU-Mitgliedstaaten sowie die dort für Antisemitismusbekämpfung zuständigen Stellen. Ausgerichtet wurde sie vom Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Dr. Felix Klein, und dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft. Besonders eindringlich äußerte sich dabei EU-Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas. Er sagte: „Antisemitismus ist nicht nur ein jüdisches Problem. Er ist nicht nur ein lokales Problem. Er ist ein europäisches und ein globales Problem.“

Ich verstehe diese Aussage als wichtigen Appell, Antisemitismus weiterhin immer und überall entgegenzutreten. Studien zeigen, dass antisemitische Einstellungsmuster in der deutschen Bevölkerung nach wie vor weit verbreitet sind. Umso wichtiger ist es, über die Ausprägungen des Antisemitismus zu informieren, die Konsequenzen dieser gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit unablässig aufzuzeigen und präventiv tätig zu werden.

Mir persönlich ist es – wie der gesamten Niedersächsischen Landesregierung – ein besonderes Anliegen, dass Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens in unserem Land unbehelligt und ungefährdet leben können. Jeder Angriff auf Menschen jüdischen Glaubens ist ein Angriff auf unsere Gesellschaft insgesamt und die Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Antisemitisches Gedankengut gilt es deshalb im Keim zu ersticken.

Grundlage für eine erfolgreiche und nachhaltige Prävention ist, dass Antisemitismus frühzeitig erkannt wird und ein entsprechendes Wissen über dessen Ausprägungen und Gefahren gegeben ist. Diese Broschüre soll dazu einen konkreten Beitrag leisten. Mein besonderer Dank gilt Herrn Dr. Franz Rainer Enste, Herrn Michael Fürst und Herrn Dr. Felix Klein sowie allen weiteren Expertinnen und Experten, die zum Entstehen der Broschüre „Antisemitismus im Extremismus“ beigetragen haben.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Boris Pistorius'.

Boris Pistorius

Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport

EXPERTEN

Im Vorfeld zur Erstellung dieser Broschüre wurden drei Experten zum Themenfeld Antisemitismus im Extremismus vom Verfassungsschutz Niedersachsen interviewt. Ihre Antworten finden sich an verschiedenen Stellen dieser Broschüre wieder.



■ Dr. Felix Klein

Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus

Mit Dr. Felix Klein wurde zum 1. Mai 2018 erstmals ein Beauftragter der Bundesregierung berufen, der für die Bekämpfung von Antisemitismus und den Schutz und die Sichtbarmachung von jüdischem Leben zuständig ist. Aufgabe des Beauftragten ist es, Maßnahmen der Bundesregierung, die den Antisemitismus bekämpfen, ressortübergreifend zu koordinieren. Darüber hinaus soll er Ansprechpartner für jüdische Gruppen und gesellschaftliche Organisationen sowie Vermittler für die Antisemitismusbekämpfung durch Bund, Länder und Zivilgesellschaft sein und zur Sensibilisierung der Gesellschaft für aktuelle und historische Formen des Antisemitismus durch Öffentlichkeitsarbeit sowie politische und kulturelle Bildung beitragen. Zur Koordinierung der Maßnahmen des Bundes und der Länder hat sich im September 2019 die ständige Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus konstituiert. Zur Unterstützung der Arbeit des Beauftragten wurde ebenfalls im September 2019 ein mit jüdischen und nichtjüdischen Expertinnen und Experten besetzter Beratungskreis eingerichtet. Mit der Bestellung dieses unabhängigen Gremiums wird Expertise aus Wissenschaft, Bildungspraxis und Zivilgesellschaft in die Arbeit des Beauftragten integriert.



■ **Michael Fürst**

Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen sowie der Jüdischen Gemeinde Hannover

Michael Fürst ist Rechtsanwalt, Fachanwalt für Medizinrecht und Notar a. D. sowie unter anderem Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen und erster Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Hannover. Der eher traditionelle Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen dient der Landesregierung und anderen Institutionen im Land als Ansprechpartner für Fragen der jüdischen Religionsausübung. Michael Fürst ist außerdem Mitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland.



■ **Dr. Franz Rainer Enste**

Niedersächsischer Landesbeauftragter gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens

Dr. Franz Rainer Enste wurde am 15. Oktober 2019 zum Niedersächsischen Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens berufen. Dr. Enste ist ausgebildeter Jurist und war viele Jahre Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Niedersächsischen Landtags sowie Sprecher der Niedersächsischen Landesregierung. Der Niedersächsische Landesbeauftragte gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens dient als zentraler Ansprechpartner für die jüdischen Verbände in Niedersachsen sowie für alle hier lebenden Menschen jüdischen Glaubens. Er unterstützt die Interessen der jüdischen Verbände in Richtung der Landesregierung, entwickelt Empfehlungen zum Umgang mit Antisemitismus und sensibilisiert für das Thema Antisemitismus.

1. WAS BEDEUTET ANTISEMITISMUS?

Antisemitismus ist nicht gleichzusetzen mit Fremdenfeindlichkeit und ist auch mehr als ein Vorurteil. Vielmehr muss Antisemitismus als eine Weltanschauung, die in der Existenz der Juden die Ursache aller Probleme sucht, verstanden werden.¹ Antisemitismus hat eine lange Geschichte und gehört bis heute zu den größten Herausforderungen unserer Gesellschaft. Es bündeln sich im Antisemitismus wie in einem Brennglas Tendenzen, die die Demokratie und den Anspruch der universellen Menschenrechte bedrohen.

„Antisemitismus ist Antihumanismus. Er steht im diametralen Gegensatz zu den humanitären Grundwerten unserer Verfassung, welche gleich eingangs die Unantastbarkeit der Würde eines jeden Menschen in den Vordergrund stellt und sich zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft und des Friedens bekennt.“

Dr. Franz Rainer Enste (Niedersächsischer Landesbeauftragter gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens)

Der Begriff „Antisemitismus“ suggeriert Einheitlichkeit; tatsächlich jedoch umschreibt er einen Phänomenbereich, der viele unterschiedliche Ausprägungen umfasst. Dabei können sich Motive, Haltungen, Begründungen und Handlungen stark voneinander unterscheiden, werden aber dennoch unter eben diesem einen Begriff gefasst. Er beinhaltet einerseits stereotype Meinungen und abwertende Vorurteile von einzelnen Menschen. Andererseits umfasst er kollektive Organisationsformen, wie beispielsweise Parteien und Bewegungen, die sich die Verbreitung dieser Weltanschauung zur Aufgabe gemacht haben. Zum heutigen Antisemitismus gehören Begriffe, Konzepte und Symbole, die sich u. a. in Sprichwörtern und Redensarten widerspiegeln, ebenso wie konkrete und oft massive Gewalt oder andere strafrechtlich relevante Taten, die sich gegen Jüdinnen und Juden oder jüdische Einrichtungen richten. Hierzu zählen beispielsweise Schändungen jüdischer Friedhöfe und Denkmäler, Brandanschläge und Schmierereien, Beleidigungen und körperliche Angriffe. Auch antisemitische Hasskommentare sind immer häufiger sichtbar, besonders in sozialen Medien.

¹ Vgl. Bergmann, Werner: Was heißt Antisemitismus?, online unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37944/was-heisst-antisemitismus>.

„Gleichgesinnte im Internet zu finden und sich zu vernetzen, ist einfach, und die Hemmschwelle sinkt dadurch weiter. Dies kann man nur mit Prävention und auch Repression bekämpfen, indem man die Personen direkt zur Verantwortung zieht.“

Dr. Felix Klein (Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus)

Um gezielter gegen die verschiedenen Formen des Antisemitismus vorgehen zu können, hat die Bundesregierung 2016 eine einheitliche Definition des Begriffes eingeführt. So sollen judenfeindliche Ansichten schneller erkannt und bekämpft werden. Diese Definition lautet:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“²

Wichtig bei der Betrachtung von Antisemitismus ist, dass Antisemitismus kein ausschließliches Phänomen des Rechtsextremismus ist, sondern ebenso im Islamismus, Linksextremismus sowie Extremismus mit Auslandsbezug zu finden ist. Dies unterstreicht die Vielschichtigkeit und die Herausforderung bei der Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus.

„Antisemitismus war immer vorhanden, auch nach 1945, jedoch war er gesellschaftlich verpönt. Jetzt kann jedoch beobachtet werden, dass dieser versteckte Antisemitismus an die Oberfläche kommt. Menschen, die antisemitische Einstellungen immer hatten, äußern sich nun unverblümter, roher und vor allem offener. Nun trauen sie sich, es frei auszusprechen. Dies beobachtet man in allen Bereichen, in denen es Antisemitismus gibt.“

Dr. Felix Klein (Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus)

² International Holocaust Remembrance Alliance, IHRA, online unter: <https://www.holocaustremembrance.com>.

Antisemitische Einstellungen sind in der Gesellschaft tief verwurzelt und ziehen sich quer durch alle Gesellschaftsgruppen. Orte der Konfrontation finden sich häufig in öffentlichen Diskursen über Israel, in Schulen, im öffentlichen Raum, im Internet oder auch im Arbeitsumfeld. Dabei ist der rassistische Antisemitismus, die ideologische Grundlage nationalsozialistischer Judenvernichtung, nicht die dominierende Form des heutigen Antisemitismus. Der politische und ökonomische Antisemitismus wie auch der antiisraelische Antisemitismus (antizionistischer Antisemitismus) sind heutzutage weltweit die vorherrschenden Formen.

Eine aktuelle Herausforderung liegt dabei in der Verschiebung der Schwelle des Sagbaren. Beschimpfungen, antisemitische Musik sowie verunglimpfende Kunst finden sich immer wieder in unserem Alltag. In diesem Zusammenhang wird häufig von einer Form des Alltags-Antisemitismus gesprochen. So haben sich beispielsweise in der Jugendsprache Beleidigungen wie „Du Jude!“ immer stärker auf den Schulhöfen etabliert.

„Antisemitismus wird es auch geben, wenn es keine Juden gibt. Man braucht keinen Juden, um Antisemit zu sein. Allgemeine Beleidigungen wie „DU JUDE“ sind in unserer Gesellschaft angekommen. Wir brauchen Zivilcourage, um gegen Antisemitismus vorzugehen, und das müssen wir an den Schulen lehren.“

Michael Fürst (Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen sowie der Jüdischen Gemeinde Hannover)

2. ERSCHEINUNGSFORMEN

In der Geschichte sind antisemitische Einstellungen aus ganz unterschiedlichen Gründen entstanden und verbreitet worden. Antisemitismus kann durchaus als eine historische Konstante verstanden werden. Er ist dabei in unterschiedlicher Form und Heftigkeit in Erscheinung getreten, aber nie vollständig aus den Gesellschaften verschwunden.

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugherber von der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung unterscheidet zwischen sechs verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus³:

Religiöser Antisemitismus

Die älteste Form der Judenfeindschaft ist der religiöse Antisemitismus. Religiöser Antisemitismus entwickelte sich aus der Absolutsetzung der christlichen Glaubensvorstellungen, die mit der Ablehnung und Diffamierung aller anderen Glaubensformen einhergeht. Das seit dem dritten/vierten Jahrhundert allmählich erstarkende Christentum versuchte sich durch die Betonung von Gegensätzlichem vom Judentum abzugrenzen. Insbesondere die Behauptung, Juden trügen die Schuld am Tod Jesu, hat sich in Gestalt des Vorwurfs vom „Gottesmord“ tief in die Glaubensauffassung vieler Christen eingepreßt.⁴ Ein integraler Teil der christlichen Lehre beruhte somit auf einer ausgeprägten Form der Herabsetzung von Volk und Glauben der Juden. In diesem Zusammenhang wird oft in Abgrenzung zum modernen Antisemitismus von „Antijudaismus“ gesprochen.

Rassistischer Antisemitismus

Der rassistische Antisemitismus hat seine Grundlage in der Pseudowissenschaft der Rassen-theoretiker sowie völkischer Ideologen. Kennzeichnend ist die Verbindung der Annahme, es gäbe beim Menschen unterschiedliche Rassen mit bestimmbar Merkmalen, mit sozialdarwinistischem Gedankengut, nach welchem sich die „Tauglichsten“ am Ende durchsetzen (engl.: „survival of the fittest“). Somit behaupten Anhänger des rassistischen Antisemitismus, dass Juden eine eigene „Rasse“ bilden und bestimmte körperliche und geistige Merkmale besitzen, die weniger Wert seien als die der vermeintlich eigenen

³ Vgl. im Folgenden: Pfahl-Traugherber, Armin: Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte 31/2007, S. 6–10.

⁴ Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, online unter: www.bmi.bund.de.

„Rasse“. Diese Form des Antisemitismus findet sich bis heute noch in einigen rechtsextremistischen Gruppierungen und Organisationen wieder.

Sozialer Antisemitismus

Sozialer Antisemitismus gründet auf der Annahme, dass Juden einen besonderen sozialen Status in der Gesellschaft innehaben. Dieser wird als negativ und schädlich angesehen. Eine häufige Anschuldigung besteht darin, Juden generell zuzuschreiben, sie bereicherten sich auf Kosten der Gesellschaft, indem sie beispielsweise Geld verleihen oder „Wucher betreiben“.

Politischer Antisemitismus

Politischer Antisemitismus ist eng verbunden mit den Erscheinungsformen des sozialen Antisemitismus, muss jedoch gesondert betrachtet werden. Diese Form des Antisemitismus äußert sich in verschiedenen Verschwörungstheorien, nach welchen die vermeintlich homogene Gruppe der Juden es sich zum Ziel gemacht hat, die Macht im jeweiligen Land bzw. die Weltherrschaft an sich zu reißen. Demnach ständen Juden hinter politischen Umbrüchen wie beispielsweise Revolutionen, Kriegen und Wirtschaftskrisen. Die Ursprünge dieser Verschwörungstheorien finden sich bereits im Mittelalter. Auch in der Gegenwart erfahren antisemitische Verschwörungstheorien von einer jüdischen Konspiration große Verbreitung. Dies gilt auch mit Blick auf die Covid-19-Pandemie, die zu einer rapiden Zunahme von Verschwörungstheorien führte. Eine altbekannte antisemitische Theorie ist dabei die Vorstellung von einer jüdischen Elite, die sich diese Krise zunutze mache.

„Zu den altbekannten Formen von Antisemitismus sind neue Formen hinzuge treten, die vor allem an moderne Verschwörungstheorien anknüpfen und angesichts der aktuellen Pandemie-Situation dabei etwa eine durch fremde und dabei vor allem durch jüdische Mächte gesteuerte Kontrolle unseres Gemeinwesens behaupten.“

Dr. Franz Rainer Enste (Niedersächsischer Landesbeauftragter gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens)

Antizionistischer Antisemitismus

Diese Form des Antisemitismus zeigt sich in der strikten Ablehnung des israelischen Staates und der jüdischen Nationalbewegung (Zionismus – vom Zionsberg in Jerusalem abgeleitet). Dabei sind die Motive und Begründungen von Antizionisten sehr vielfältig und somit auch nicht an eine bestimmte Theorie gebunden.

Antizionistischer Antisemitismus geht weit über die Grenze der Kritik am politischen Handeln hinaus und zeigt sich zum Beispiel in einer grundsätzlichen Nicht-Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel.

Sekundärer Antisemitismus

Sekundärer Antisemitismus bezeichnet jede Art von Holocaust-Leugnung und -Relativierung. Holocaust-Leugner zweifeln die Existenz des Holocaust oder dessen Ausmaß an. Die Holocaust-Leugnung ist in allen deutschsprachigen und einigen weiteren europäischen Ländern rechtlich weder als Meinung noch als wissenschaftliche Betätigung geschützt und wird strafrechtlich verfolgt.

Das revisionistische Weltbild äußert sich neben der Verleugnung der Judenvernichtung in relativierenden Vergleichen, Theorien einer „jüdischen Umerziehungskampagne“, im Aufmachen von „Schuldkonten“, im Versuch der Schuldumkehr, im Schweigen über das Geschehen und die deutsche Beteiligung daran sowie im Desinteresse an den Ermordeten und Überlebenden. Unter „Schuldumkehr“ wird eine Strategie verstanden, bei der behauptet wird, Juden seien durch ihr Verhalten an ihrer Verfolgung selbst schuld bzw. trügen mindestens eine Mitschuld. So soll die eigentliche Opfergruppe der nationalsozialistischen Massenverbrechen in eine Mittäterrolle versetzt werden. Gleichzeitig werden die tatsächlichen Täter entlastet und von der alleinigen Verantwortung freigesprochen.

3. ANTISEMITISMUS IM RECHTSEXTREMISMUS

Eine in sich geschlossene rechtsextremistische Ideologie gibt es nicht. Vielmehr werden mit dem Begriff „Rechtsextremismus“ Ideologieelemente erfasst, die in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlicher Stoßrichtung der weltanschaulichen Überzeugung von einer Ungleichwertigkeit der Menschen Ausdruck verleihen. Eines dieser Ideologieelemente des Rechtsextremismus, neben Fremdenfeindlichkeit, Ethnopluralismus⁵, Sozialdarwinismus, Geschichtsrevisionsismus, Rassismus, Volksgemeinschaftsdenken, Nationalismus, Unterscheidung von „lebenswertem“ und „lebensunwertem“ Leben, ist auch der Antisemitismus.

Antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen finden sich sowohl bei rechtsextremistischen Parteien als auch in der subkulturellen Szene⁶. Unterschiede sind jedoch in der Darstellung auszumachen: mal offen und plakativ, mal verschlüsselt und subtil. Innerhalb der Neuen Rechten⁷ zeigt sich der Antisemitismus meist in Anspielungen. Deutlich direkter und aggressiver hingegen finden sich antisemitische Äußerungen und Handlungen in der neonazistischen und subkulturellen Szene. Ganz allgemein lässt sich sagen, dass das organisatorisch, programmatisch und strategisch keineswegs homogene rechtsextremistische politische Lager im Antisemitismus ideologisch über eine Gemeinsamkeit verfügt.

„Antisemitismus ist sehr stark im Rechtsextremismus verankert. Vor allem sind Verschwörungstheorien, wie die Leugnung oder Verharmlosung des Holocaust, oft sehr deutlich.“

Dr. Felix Klein (Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus)

Antisemitische Positionen im Rechtsextremismus werden sowohl religiös als auch kulturell und rassistisch begründet. Sie dienen einerseits der Deutung aktueller Ereignisse (Globalisierung, Kriege, Terrorismus, Nahost-Konflikt), haben andererseits aber auch immer

⁵ Ethnopluralismus ist ein Theoriekonzept der sogenannten Neuen Rechten. Die Anhänger behaupten, dass Völker unveränderliche kulturelle Identitäten besäßen, die vor fremden Einflüssen zu schützen seien. Dazu sollten Völker sich erstens strikt voneinander abgrenzen und zweitens auf innere Homogenität achten. Im Grunde ersetzen Ethnopluralisten den Begriff „Rasse“ durch den Begriff „Kultur“, der ebenso eindimensional und abgrenzend verwendet wird.

⁶ Die subkulturell geprägten Rechtsextremisten bilden eine zumeist unstrukturierte, nicht homogene Szene. Eine genaue Abgrenzung der einzelnen Strömungen untereinander ist nicht immer möglich. Die in der Vergangenheit dominierende Skinhead-Subkultur spielt heute nur noch eine untergeordnete Rolle. Geblieben ist die Vorliebe für Aktivitäten mit Erlebnischarakter, insbesondere der Besuch szenointerner Musikveranstaltungen.

⁷ Die mit dem Begriff „Neue Rechte“ bezeichnete ideologische Strömung beruft sich auf die „Konservative Revolution“, eine intellektuelle Strömung antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik. Der Begriff wird aber nicht einheitlich verwendet. Manche Autoren erfassen mit diesem Begriff den um Theoriebildung bemühten Teil des Rechtsextremismus in seiner Gesamtheit.

eine vergangenheitsbezogene Stoßrichtung. Antisemitische Einstellungsmuster zeigen im Rechtsextremismus meistens eine ideologische Nähe zum historischen Nationalsozialismus und treten häufig in Verbindung mit reversionistischen Positionen auf. Geschichtsrevisionsismus, also die politisch motivierte Absicht einer Relativierung oder Leugnung des Massenmords an den europäischen Juden, ist ein integraler Bestandteil rechtsextremistischer Denkstrukturen. Derartige Geschichtsverfälschungen eignen sich ideal, das negative Image des Nationalsozialismus aus Sicht der Rechtsextremisten zu korrigieren, um dann besser einschlägige politische Positionen propagieren zu können.

Aufgrund der Erfahrung von Nationalsozialismus und Holocaust zeigt sich bis heute ein hohes Maß an Sensibilität gegenüber antisemitischen Parolen und Handlungen, insbesondere innerhalb der deutschen Gesellschaft. Ausgehend von dieser Tatsache bemühen sich Rechtsextremisten (immer mehr) um eine historische Gegenerzählung. Sie bestreiten die NS-Verbrechen, relativieren diese durch Vergleiche und greifen dabei häufig auf eine pseudowissenschaftliche Argumentationsweise zurück (sekundärer Antisemitismus). Dennoch wird das Leugnen des Holocaust nur noch selten öffentlich betrieben. Ein Grund hierfür ist das 1985 erlassene Gesetz (§ 130 Strafgesetzbuch), das u. a. die Leugnung des Holocaust unter Strafe stellt. Um eine mögliche Verurteilung zu vermeiden, bedienen sich Rechtsextremisten daher zumeist verklausulierter Argumentationsmuster.

► EXKURS: ANSCHLAG VON HALLE 2019

Der Anschlag in Halle (Saale) am 9. Oktober 2019 war der Versuch eines Massenmordes an Juden am Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag. Der rechtsextremistische Täter Stephan B. versuchte, in die Synagoge im Paulusviertel einzudringen, um dort versammelte Personen mit selbstgebauten Schusswaffen und Bomben zu töten. Mit der Tatauübung, die er über eine Helmkamera live streamte, und der Verteilung von Bekennerschreiben über einen Link zielte er auf die Wirkung im Internet. Die Verwendung der englischen Sprache unterstreicht seine Absicht, über Deutschland hinaus wahrgenommen zu werden. In dem Video behauptet der Täter, den Holocaust habe es nicht gegeben. Zu seinem Motiv für den Anschlag sagt er, dass hinter allen Problemen der Welt „der Jude“ stecke. Er bezieht sich auch auf andere rechtsextremistische Attentäter, beispielsweise auf den Täter von Christchurch⁸, und

⁸ Am 15. März 2019 fand ein Anschlag auf zwei Moscheen in Christchurch (Neuseeland) statt. Der australische Staatsangehörige Brenton Tarrant tötete dabei 50 Menschen und verletzte Dutzende Personen. Bei den Opfern handelt es sich um muslimische Gläubige jeden Alters, die zum Zeitpunkt der Tat das Freitagsgebet besuchten.

auf Verschwörungstheorien, die Antisemitismus und Rassismus sowie Antifeminismus verbinden.

Der Anschlag schlug fehl, weil es B. nicht gelang, die gut gesicherte Eingangstür der Synagoge in Halle zu öffnen. Aus Frust darüber tötete er eine zufällig vorbeilaufende 40-Jährige und einen 20-Jährigen in einem nahegelegenen Imbiss.

Stephan B. wurde im Dezember 2020 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt.

Dennoch gibt es bzw. gab es in der Vergangenheit zahlreiche rechtsextremistische Organisationen, die sich aktiv an der Verharmlosung oder Leugnung der während der NS-Zeit begangenen Verbrechen beteilig(t)en. Der „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreiten des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV; verboten seit 2008), das „Collegium Humanum“ (verboten seit 2008), die „Europäische Aktion“ oder Persönlichkeiten wie Ursula Haverbeck-Wetzel, Horst Mahler und Rigolf Hennig sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Sie haben sich deutlich bei öffentlichen Auftritten antisemitisch und strafrechtlich relevant geäußert. Haverbeck-Wetzel⁹ gilt dabei als bekannteste Holocaust-Leugnerin.

In der Verbreitung und Festigung antisemitischer Einstellungen nutzen Rechtsextremisten oft die im politischen und gesellschaftlichen Alltag geäußerte Kritik an der Politik des Staates Israels, um die Existenzberechtigung Israels letzten Endes infrage zu stellen. Die grundsätzliche Ablehnung Israels basiert auf der prinzipiellen Ablehnung des Judentums. Eine Gleichsetzung der israelischen Politik mit den Verbrechen an Juden im Nationalsozialismus ist ebenfalls häufig im Rechtsextremismus zu beobachten. Dies drückt sich beispielsweise in folgender Liedzeile der Rechtsrockband „Hassgesang“ aus:



Beliebtes Szene-T-Shirt im Rechtsextremismus.

⁹ Haverbeck-Wetzel trat 2018 eine zweieinhalbjährige Haftstrafe an. Grund der Verurteilung waren Volksverhetzung und die Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Sie hatte nach einer anderen Verurteilung im September 2016 im Gericht Schriftstücke verteilt, in denen sie erneut den Holocaust als Propagandalüge bezeichnet hat. Für die systematische Leugnung des Holocaust, den sie auch immer wieder in Zeitschriften oder auf ihrer eigenen Internetseite äußerte, wird sie in der extremen Rechten bis heute verehrt. Vor der JVA Bielefeld-Brackwede kam es seither zu Versammlungen von Sympathisanten aus dem Umfeld der Partei Die Rechte, die ihre Freilassung forderten. Am 5. November 2020 wurde sie nach zweieinhalb Jahren im geschlossenen Vollzug aus der Haft entlassen.

„In Palästina gibt's ein Land, Israel wird es genannt! Für Mord und Raub ist es bekannt, kleine Kinder werden dort verbrannt! Habt ihr den wahren Feind erkannt, nehmt die Waffen in die Hand! Die beste Lösung sei genannt: vernichtet dieses Land!“

Parteien

Innerhalb der rechtsextremistischen Parteienlandschaft findet sich eine fest etablierte antisemitische Grundeinstellung. Dabei ist eine taktische Vorgehensweise, insbesondere bei Äußerungen mit antisemitischen Inhalten, vor allem für rechtsextremistische Parteien (NPD, Die Rechte, Der III. Weg) charakteristisch.

■ Der III. Weg

Der III. Weg ist eine deutsche rechtsextremistische neonazistische Partei, die in Niedersachsen keinen Ableger hat. Sie wurde am 28. September 2013 gegründet und zeigt deutliche antisemitische Inhalte in ihrem Programm und bei öffentlichen Auftritten. Darüber hinaus wird im Internetauftritt der Partei dazu aufgerufen, israelische Produkte zu boykottieren. Dies erinnert stark an den Slogan der NSDAP aus den 1930er-Jahren „Kauft nicht bei Juden“.



Motiv auf T-Shirts und Flyern der Partei Der III. Weg.

„Auch in den Staaten der so genannten ‚Westlichen Wertegemeinschaft‘, die das zionistische Gebilde im Nahen Osten weitgehend unkritisch unterstützen, wächst zusehends die Abscheu vor Israel und dessen kindermordende Armee-offensive. Dieser Umstand hat wohl nun auch den Funktionär der jüdischen Interessensvertretung zu einer breit gestreuten zionistischen Propagandashow in den BRD-Systemmedien genötigt (sic!).“

(Auszug eines Artikels auf der Internetseite der Partei Der III. Weg. Titel: „Zentralrat der Juden beklagt wieder einmal ‚Antisemitismus‘“)

■ NPD

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist eine am 28.11.1964 in Hannover als „Sammlung des nationalen Lagers“ gegründete rechtsextremistische Partei, die in allen Bundesländern vertreten ist. Bei der NPD handelt es sich um eine verfassungsfeindliche Partei, die die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnt. Sie will die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten „Volksgemeinschaft“ ausgerichteten Nationalstaat ersetzen. Ab Mitte der 1990er-Jahre entwickelte sich die Partei von einer „deutsch-nationalistischen“ hin zu einer „völkisch-sozialistischen“ Orientierung. Damit einher ging eine Ausrichtung an Elementen der nationalsozialistischen Ideologie und auch ein Anstieg antisemitischer Bekundungen. Dennoch muss die NPD aus strategischen Gründen eine gewisse Zurückhaltung üben, um einem Parteiverbot zu entgehen.



Aus diesem Grund verhält sich die Partei beim Thema Antisemitismus sehr taktisch. In einem Leitfaden für Funktionäre gibt die Parteiführung Sprachregelungen für den Fall vor, dass Parteivertreter z. B. an Infotischen während des Wahlkampfes mit dem Vorwurf konfrontiert werden, die NPD sei eine antisemitische Partei. Die Parteivertreter sollten dazu entgegnen:

„Was ist unter Antisemitismus zu verstehen? Die Kritik an jüdischen Interessenverbänden? Selbstverständlich nehmen wir uns das Recht heraus, die Großmäuligkeit und die ewigen Finanzforderungen des Zentralrates der Juden in Deutschland zu kritisieren. Juden unterliegen keinem Kritikverbot. Wir lassen uns von der Holocaust-Industrie, ein Wort des Juden Norman Finkelstein, siebenzig Jahre nach Kriegsende moralisch nicht erpressen, politisch nicht bevormunden und finanziell nicht auspressen.“

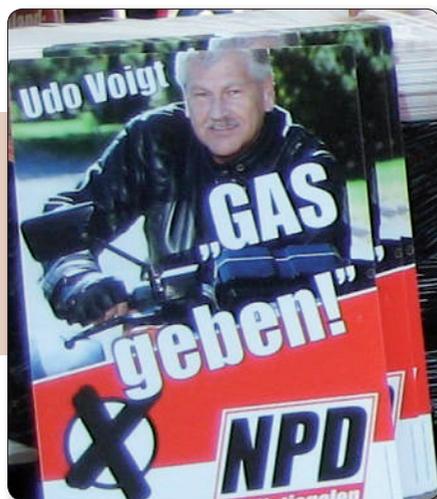
(Zitat aus einem Leitfaden für Funktionäre der NPD)

Juden im Allgemeinen und der Staat Israel im Besonderen werden immer wieder von der NPD als Profiteure eines angeblich von ihnen inszenierten „Holocaust-Kults“ dargestellt. Wiederkehrende Elemente antisemitischer Argumentationsmuster der NPD sind das Betreiben von Schuldumkehr und die verschwörungstheoretische Behauptung einer geheimen Einflussnahme von jüdischen Machtgruppen.

Das von der NPD häufig verwendete Kunstwort „USrael“ soll den die US-Politik angeblich beherrschenden jüdischen Einfluss polemisch zum Ausdruck bringen. Bei Demonstrationen wurde in der Vergangenheit des Öfteren der Schlachtruf „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“ gerufen.

Auch der sekundäre Antisemitismus in Form von Holocaust-Leugnungen und -Relativierung zeigt sich innerhalb der NPD. So bezeichnete die Partei die Luftangriffe auf deutsche Städte im Zweiten Weltkrieg als „Bombenholocaust“.

Weitere Beispiele finden sich deutschlandweit: Die NPD in Sachsen nennt 2013 den damaligen Präsidenten des Zentralrats der Juden, Dieter Graumann, einen „frechen Chefhebräer“ und eine Synagogengemeinde eine „raffgierige Religionskörperschaft“. Anlässlich der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011 plakatierte die NPD Bilder ihres damaligen langjährigen Parteivorsitzenden Udo Voigt mit dem Slogan „Gas geben!“ – auch in der Nähe des Holocaust-Mahnmals platzierte die NPD Wahlplakate mit dieser Aufschrift.



Wahlplakat der NPD von 2011.

Zahlreiche konkrete Beispiele für die dargelegten antisemitischen Stereotype finden sich darüber hinaus in der Deutschen Stimme, dem monatlich erscheinenden Parteiorgan der NPD. In nahezu jeder Ausgabe werden, zumindest andeutungsweise, antisemitische oder israelfeindliche Stereotype aufgeführt. Durch die permanente Wiederholung demaskiert sich die NPD als antisemitische Partei.

■ Die Rechte

Die Partei Die Rechte wurde 2012 gegründet und beschreibt sich selbst als weniger radikale Alternative zur NPD. Obwohl sich Die Rechte offiziell zum Grundgesetz bekennt, besetzen ehemalige Mitglieder mehrerer verbotener neonazistischer Kameradschaften zahlreiche zentrale Posten innerhalb der Partei. Die Grundausrichtung des Wahlprogramms orientiert sich an völkisch-nationalistischen Forderungen. Antisemitische Äußerungen und Haltungen finden sich deutlich in der Partei.

DIE RECHTE
VORWÄRTS FÜR DEUTSCHLAND!



Europawahlplakat der Partei Die Rechte aus dem Jahr 2019.

Im Zusammenhang mit den Europawahlen 2019 hat die Partei Die Rechte ihre Position zum Staat Israel auf einem Plakat sichtbar gemacht.

Israel wird in der Partei Die Rechte als klares Feindbild wahrgenommen. So heißt es im Programm zur Europawahl:

„Doch auch auf die deutsche Innenpolitik nimmt Israel direkten Einfluss. Grund genug, sich deutlich dagegen zu positionieren und – wie bereits seit vielen Jahren mit dem arabischen Begriff ‚Nakba‘ bezeichnet – den israelischen Staat als das zu benennen, was er ist: ein Unglück. Und wenn es uns in Deutschland betrifft, durchaus auch unser Unglück.“

(Beschreibung der Partei Die Rechte zum Wahlplakat)



Demonstration in Dortmund vom 27. Januar 2019 der Partei Die Rechte.



T-Shirt der Partei Die Rechte mit dem Aufruf zur Solidarität mit Ursula Haverbeck-Wetzel.



Die rechtsextremistische Partei wirbt zur Europawahl 2019 mit der wegen Holocaust-Leugnung verurteilten Ursula Haverbeck-Wetzel.

Rechtsextremistische Musik

Musik nimmt eine bedeutende Stellung im Leben junger wie auch älterer Menschen ein, sie transportiert Emotionen und unterschiedlichste Inhalte. Aus diesen Gründen ist Musik auch für die rechtsextremistische Szene ein wichtiges Mobilisierungsmedium. Rechtsextremistische Musik ist zugleich ein wesentlicher Faktor für die Ausprägung eines Gemeinschaftsgefühls unter Szeneangehörigen und spielt insbesondere beim Einstieg in die Szene eine wichtige Rolle. Rechtsextremistische Musik kann somit als eines der wichtigsten Mittel für die Rekrutierung neuer Anhänger sowie für die Radikalisierung innerhalb der Szene beschrieben werden. Von eingängigen oder aufputschenden Melodien getragen, können Liedtexte eine suggestive Wirkung entwickeln und antisemitische Motive transportieren.

Musik im Rechtsextremismus ist allerdings hinsichtlich ihrer verschiedenen Stilrichtungen und Verbreitungsformen differenziert zu betrachten. Nahezu jede Form populärer Musik bietet Möglichkeiten, mit rechtsextremistischen Texten unterlegt zu werden. Das bedeutendste Musikgenre im Rechtsextremismus ist der deutschsprachige Rock/Hard Rock. Andere Musikrichtungen, wie beispielsweise Hip-Hop, finden sich in jüngerer Vergangenheit zwar auch, sind aber weniger beliebt und verbreitet. Das liegt vor allem daran, dass sich Rockmusik bei Konzerten größerer Beliebtheit erfreut. Insbesondere die subkulturelle Musikszene ist ein zentrales Element des Rechtsextremismus, wie die unverändert hohe Anzahl von Bands und Produktionen dokumentiert.

Liedtexte beinhalten neben Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Islamfeindlichkeit, Geschichtsrevisionismus und Nationalismus häufig auch antisemitische Sequenzen. Juden werden als „Rasse“ angesprochen und nicht als religiöse Gruppe gesehen. Dabei wird mit Anspielungen, aber auch mit strafrechtlich relevanten Hassbildern oder Vernichtungsforderungen gearbeitet.¹⁰ Antisemitismus, insbesondere im Rechtsrock, zeigt sich auch deutlich in Bildern, Zeichen und Metaphern. Auf CD-Hüllen sind KZ-Verbrennungsöfen zu sehen, Gaskammern, das Torgebäude und die Bahngleise von Auschwitz.

¹⁰ Vgl. u. a. Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (Hrsg.): *RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien*, Münster 2006; Erb, Rainer: „Er ist kein Mensch, er ist ein Jud“. Antisemitismus im Rechtsrock, in: Baacke, Dieter/Farin, Klaus/Lauffer, Jürgen (Hrsg.): *Rock von Rechts II. Milieus, Hintergründe und Materialien*, Bielefeld 1999, S. 141–159.

Gerade anhand rechtsextremistischer Musik kann exemplarisch aufgezeigt werden, wie tief Antisemitismus im Rechtsextremismus verwurzelt ist. Rechtsextremisten können mit Stereotypen ihr zynisches Spiel treiben, da sie wissen, dass diese Anspielungen verstanden werden. Die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Musikproduktionen bildet deshalb unverändert einen der Schwerpunkte der Präventionsarbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes.

Trotz ihres Alters haben die folgenden Beispiele weiterhin eine große Bedeutung in der rechtsextremistischen Szene:



Cover der CD „Rattenfänger“ der Band „Gigi & die Braunen Stadtmusikanten“.

Einer der Protagonisten in der deutschen rechtsextremistischen Musikszene ist die niedersächsische Band „Gigi & die Braunen Stadtmusikanten“.

„Gigi ist zurück, der braune Rattenfänger, der Holo-Leugner!“

(Titel: Rattenfänger, Interpret: Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten, 2014)

Die rechtsextremistische Band „Kommando Freisler“ besingt in ihrem Album „Geheime Reichssache“ im Lied „Giftgas“ den Holocaust und verleugnet diesen:

„Den Holocaust gab es nie, das weiß ich ganz genau und deshalb erzähl ich das auch jedem Mann und jeder Frau.“

(Titel: Das Giftgas, Interpret: Kommando Freisler, 2003)

Auch die Band „Arische Jugend“ leugnet im Lied „6 Millionen?“ den Holocaust:

„Niemals 6 Millionen, niemals! Ich schrei es hinaus, macht dem Mythos von Auschwitz endlich den Garaus!“

(Titel: 6 Millionen?, Interpret: Arische Jugend, 2004)

Vernichtungsphantasien, Verschwörungstheorien sowie das Verhöhnern der Opfer des Holocaust finden sich in den Liedern verschiedener Musikgruppen. Verdeutlichen lässt sich dies an den Bands „Die Lunikoff Verschwörung“ und „Sturm 18“. In beiden Fällen bedienen sich die Bands der Vorstellung einer angeblichen jüdischen Weltverschwörung.

„Das ist die Schattenregierung – die geheime Weltmacht. Über den Erdball senkt sich die Nacht. Die Schattenregierung ohne Pardon – die Wahnsinnigen vom Berge Zion.“

(Titel: Schattenregierung, Interpret: Die Lunikoff Verschwörung, 2011)

Sturm 18 beschwört das Szenario einer jüdisch gesteuerten US-amerikanischen Weltherrschaft herauf. Insbesondere der Vorwurf der Gewaltbereitschaft wird verdeutlicht.

„Sie foltern und sie morden sich quer durch die Jahrzehnte, weil man sich auf ihrer Seite unantastbar wähnte. Das Völkerrecht wird ausgelegt, wie es ihnen nützt. Und jeder wird mundtot gemacht, der sie nicht unterstützt. USrael und seine Schergen, an jedem Brandherd dieser Erden haben sie ihre Finger drin, es geht um Macht und um Gewinn.“

(Titel: Ihr wahres Ich, Interpret: Sturm 18, 2014)

Klare antisraelische Einstellungen wiederum finden sich in folgender Textzeile:

„Imperialisten, Mörder und Sadisten, Terroristen-Israel. Kriegstreiber und Völkerfeinde, ihr wisst wen ich meine – Israel.“

(Titel: Kriegstreiber, Interpret: Blutzeugen, 2011)

► EXKURS: REICHSBÜRGER

Seit einigen Jahren macht die Reichsbürger¹¹- und Selbstverwalterszene¹² u. a. mit gewaltsamen Aktionen und Publikationen verstärkt auf sich aufmerksam. Dabei handelt es sich um eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche Gruppen und Organisationen, die davon überzeugt sind, die Bundesrepublik Deutschland und das Grundgesetz seien illegitim. All diese Gruppierungen prägt ein hohes Maß an Dogmatismus, Fanatismus und Missionseifer.

Reichsbürger oder Selbstverwalter – beide Milieus bauen auf Verschwörungstheorien auf. Sie schieben die Verantwortung für persönliche Problemlagen oft auf eine konstruierte, vermeintlich im Hintergrund aktive Gruppe von Verantwortlichen ab. Zu diesem Zweck werden teilweise auch antisemitische Positionen genutzt. Eine einheitliche antisemitische Grundeinstellung lässt sich bei der heterogenen Szene nicht feststellen, jedoch in Teilen eine antisemitische Verschwörungstheorie.

Identitäre Bewegung

Die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) ist eine aktivistische, völkisch orientierte Gruppierung, deren Vertreter auch in Niedersachsen lokale Untergruppen gebildet haben. Sie ist in einer netzwerkähnlichen Struktur organisiert und basiert auf Personenzusammenschlüssen vor allem jüngerer Menschen zwischen 18 und 30 Jahren. Ideologisch gehört die IBD zu einem intellektuell geprägten Spektrum im organisierten Rechtsextremismus, das sich auf die antidemokratischen Theoretiker der „Konservativen Revolution“¹³ beruft. Belege hierfür sind ihre programmatischen Positi-



Logo der Identitären Bewegung.

- ¹¹ Reichsbürger argumentieren und agieren ähnlich wie Selbstverwalter, berufen sich dabei aber zusätzlich auf ein „Deutsches Reich“. Dabei behaupten sie, dass das „Deutsches Reich“ nie aufgehört habe, zu existieren.
- ¹² Selbstverwalter verstehen sich als diesem Staat nicht zugehörig bzw. erklären ihren „Austritt“ aus der Bundesrepublik Deutschland. Dabei definieren sie ihr Haus oder ihre Wohnung häufig als eigenes Staatsgebiet.
- ¹³ Die „Konservative Revolution“ nahm in der Weimarer Republik eine zentrale Stellung ein. Es handelt sich dabei um einen Sammelbegriff für mehrere intellektuelle Strömungen, die sich zur Zeit der Weimarer Republik für eine Überwindung der Errungenschaften derselben stark machten und stattdessen für einen antiliberalen und antiegalitären Kurs eintraten. Die Neue Rechte und insbesondere die Identitäre Bewegung berufen sich heute auf diese Theorie.

onierungen und ihr ideologisches Konzept der „ethnokulturellen Identität“, aber auch diverse europaweite Kontakte zu Personen und Organisationen der Neuen Rechten.

Die IBD propagiert einen militanten populistischen Kampf gegen die „Elite“, „Globalisten“, „Kulturmarxismus“ und die angebliche Überflutung durch „fremde“ Ethnien. Antisemitische Einstellungen werden dabei lediglich codiert formuliert und nicht offen ausgesprochen. Obwohl man sich nach außen hin taktisch vom Antisemitismus distanziert, verunglimpften Mitglieder der IBD Gedenkkultur wiederholt als „Schuld kult“. Außerdem werden beispielsweise die Fluchtbewegungen nach Europa mit dem Holocaust gleichgesetzt. Beides sei „Völkermord“, im Falle der Fluchtbewegungen sei die „autochthone“ Bevölkerung Europas das Opfer. Solch eine Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus und Verharmlosungen finden sich immer häufiger innerhalb der IBD. Die IBD wird seit 2014 vom Niedersächsischen Verfassungsschutz beobachtet.

Zentrales Element in der Ideologie der IBD ist die Behauptung und Verbreitung der Theorie des „Großen Austausches“: „Großer Austausch“ beschreibt ähnlich wie „Überfremdung“ die rassistische Annahme, dass eine deutsche Kollektividentität durch eine nichtdeutsche Kollektividentität ersetzt werde oder bereits ersetzt ist.



Bild in einem Blog der IBD.

Die IBD führt zwar an, dass die Nahost-Frage keines ihrer zentralen Themen sei, sie diese aber dennoch wegen der großen Bedeutung aufgreifen wolle. Man sei bestrebt, ein „gesundes“ Selbstverhältnis und eine „gesunde“ Beziehung zum jüdischen Volk aufzubauen. Die Identitären distanzieren sich formell von Nationalsozialismus und Antisemitismus, allerdings auch von einer „kultischen Politik der Schuld und einem neurotischen Selbsthass“. Eine echte Aufarbeitung der Geschichte solle in einer echten Versöhnung enden. Dabei dürfe jedoch die deutsche Geschichte nicht einseitig betrachtet werden. Durch Aufarbeitung will man zu einer „gesunden, selbstbewussten Identität“ zurückfinden und nicht in kulturellem Selbsthass als „ewiges Tätervolk“ gelten.



Grafik der IBD zum Thema: „Weder Kippa, noch Palituch“.

4. ANTISEMITISMUS IM ISLAMISMUS

Sprechen wir in Deutschland über Antisemitismus, so wird dieser aus historischen Erfahrungen heraus zumeist im Rechtsextremismus verortet. Jedoch findet sich Antisemitismus ebenso bei islamistischen Gruppierungen.

Um einen differenzierten Blick auf das Themenfeld Antisemitismus im Islamismus werfen zu können, ist zunächst klar zwischen Islam und Islamismus zu unterscheiden. Der Islam ist eine Weltreligion, deren Ausübung in Deutschland grundgesetzlich (Art. 4 GG) geschützt ist. Islamismus hingegen bezeichnet eine Form des politischen Extremismus. Unter der Berufung auf die Auslegung, dass der Islam nicht nur eine Richtschnur für die persönliche Religionspraxis, sondern auch für die Ordnung der Gesellschaft darstelle und diese verbindlich sei, streben Anhänger islamistischer Ideologien danach, Staat und Gesellschaft nach ihren Grundsätzen umzugestalten. Dies bedeutet die Negierung der Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – je nach Gruppierung – in Gänze oder in Teilen.

In den meisten islamistischen Bewegungen sind antisemitische Polemiken ein integraler Teil der Ideologie und Kommunikationsstrategie. So werden bestimmte Stellen des Korans und der Prophetentradition (Sunna) herangezogen, um eine religiöse Tradition der Feindschaft zwischen Juden und Muslimen, die bis auf die Anfänge des Islams zurückgeführt wird, zu begründen. Dabei handelt es sich zumeist um den Versuch, moderne, aus dem europäischen Antisemitismus übernommene Motive religiös anzubinden. Die Mehrzahl antisemitischer Aussagen von Anhängern islamistischer Gruppen hat den Nahost-Konflikt zum Gegenstand oder verweist indirekt auf ihn. Der Konflikt bildet somit eine Art Kristallisationspunkt, auf dem nahezu alle heutigen antisemitischen Motive im Islamismus basieren. Die Stoßrichtung des Antisemitismus ist daher dem Zweck nach mehrheitlich antizionistisch, wobei häufig alle Juden weltweit mit dem Staat Israel identifiziert werden.

► EXKURS: ZIONISMUS

Im Zuge eines zunehmenden Antisemitismus in Europa und Russland entwickelte sich im Wesentlichen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die zionistische Bewegung mit dem Ziel, einen eigenen Nationalstaat für Juden zu errichten. Nach der Gründung Israels 1948 bezeichnet der Begriff die Aufrechterhaltung des Staates bzw. Bestrebungen, diesen über die bisherigen Grenzen hinaus auszuweiten.

Religiös begründete Rechtfertigungen

Im Koran und in der Sunna existieren judenkritische Verse und Traditionen, die sich vor allem darauf beziehen, dass in der Frühzeit des Islams verschiedene in Medina¹⁴ ansässige jüdische Stämme den Propheten nicht anerkannt und Verträge gebrochen haben sollen, weshalb sie von den Muslimen bekämpft wurden. Des Weiteren werden religiöse Grundlagen des Judentums an einigen Stellen aufgegriffen und abgelehnt. Damit nimmt das Judentum in den Quellen jedoch keine singuläre Stellung ein – auch zentrale Glaubensbestände anderer Religionen, beispielsweise des Christentums, werden dezidiert verneint. Wie in jeder religiösen Tradition ist die Auslegung der Quellen entscheidend. Insgesamt bilden Judentum, Christentum und einige kleinere Religionsgemeinschaften als monotheistische Religionen eine eigene Gruppe, deren Gläubige nach klassischer Auslegung toleriert werden. De facto haben über die Jahrhunderte religiöse antisemitische Polemiken im Islam nur eine vergleichsweise geringe Rolle gespielt – im Gegensatz etwa zum Christentum, in dem religiös begründeter Antisemitismus über lange Zeit hinweg ein bedeutender Bestandteil der Lehre war.

► EXKURS: PROTOKOLLE DER WEISEN VON ZION

Bei den „Protokollen der Weisen von Zion“ handelt es um eine antisemitische Propagandaschrift, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts von unbekanntem Redakteuren zusammengestellt wurde. Diese Redakteure hatten die Absicht, die in den Protokollen dargestellten Treffen der sogenannten jüdischen Weisen als Tatsachenbericht erscheinen zu lassen, in denen Schritt für Schritt eine Verschwörung der Juden gegen den Rest der Welt geplant wird. Ziel sei die Weltherrschaft der Juden über alle anderen Völker. Bei diesem „Bericht“ handelt es sich um eine reine Fiktion. Dennoch fand die Schrift weite Verbreitung und bildet noch heute – obwohl die Fälschung längst bewiesen ist – eine zentrale Quelle für antisemitische Verschwörungstheorien.

¹⁴ Medina ist der heutige Name der Oase Yathrib, in die der Prophet Muhammad mit seinen Anhängern im Jahre 622 n. Chr. auswanderte. Sie ist nach Mekka die zweitheiligste Stadt des Islams.

Nahost-Konflikt

Bereits vor der Gründung des Staates Israel stand der damalige Großmufti von Jerusalem, Mohammed Amin al-Husseini, mit den Nationalsozialisten in Kontakt, im Glauben, die Deutschen seien geeignete Partner zur Bekämpfung der jüdischen Einwanderung in Palästina. Auch antisemitische Schriften und Motive, wie die in den fiktiven „Protokollen der Weisen von Zion“ beschriebene angebliche Weltverschwörung der Juden, haben zu dieser Zeit über arabische Übersetzungen eine weite Verbreitung gefunden. Neben den Protokollen wurde auch Hitlers „Mein Kampf“ ins Arabische übersetzt und ist heute noch im arabischen Raum gedruckt und online leicht erhältlich.

Seit Beginn des Konfliktes um Palästina ging es nicht nur um territoriale Fragen. Der Konflikt wurde von einigen Gruppen – religiösen wie auch säkular nationalistischen – als Konflikt der Religionen bzw. der Kulturen ausgedeutet und entsprechend mit Motiven rhetorisch ausgestaltet. Das betraf nicht nur palästinensische Gruppen, die Verbreitung antisemitischer Narrative hat auch außerhalb Palästinas eine lange Tradition. Bereits 1950 erschien „Unser Kampf mit den Juden“ des ägyptischen islamistischen Vordenkers Sayyid Qutb. In diesem Werk, das in der arabischen Welt nach wie vor verbreitet ist, greift Qutb gängige antisemitische Motive, wie das der Weltverschwörung, auf und verknüpft diese mit religiösen Quellen. Damit konstruiert er eine angebliche Absicht der Juden, den Islam zu zerstören. Diese Mischung aus der Zitierung religiöser Quellen, Verschwörungstheorien und der angeblichen Bedrohung des Islams ist typisch für die Rhetorik islamistischer Gruppen. Hinzu kommt häufig eine Gleichsetzung des politischen Handelns des Staates Israel mit den Verbrechen des Nationalsozialismus.



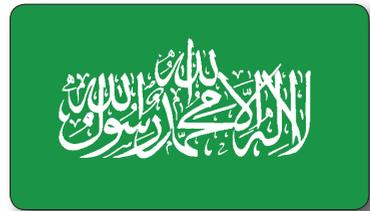
Der Staat Israel personifiziert als Adolf Hitler.



Darstellung: Juden stecken hinter dem Druck auf die arabische Welt.

■ **HAMAS**

Die palästinensische HAMAS (Akronym für Harakat al-Muqawama al-Islamiyya – Islamische Widerstandsbewegung) wurde zur Zeit der ersten Intifada¹⁵ gegründet, mit dem Ziel, die vorher mehrheitlich unpolitische palästinensische Muslimbruderschaft insbesondere im Kampf gegen Israel politisch in Stellung zu bringen. Zu diesem Zweck organisierte sich mit den al-Qassam-Brigaden ein militärischer Arm der Bewegung, der für Angriffe gegen Israel – unter anderem zahlreiche Selbstmordattentate – verantwortlich ist. In der Gründungscharta der HAMAS aus dem Jahr 1988 finden sich zahlreiche antisemitische Passagen, in denen Juden für alle Kriege, Wirtschaftskrisen und andere weltweiten Probleme verantwortlich gemacht werden. Basis ist auch hier das Narrativ einer weltweiten Verschwörung der Juden zum Zwecke der Weltherrschaft und zur Zerschlagung des Islams.



Flagge der HAMAS.



Logo der HAMAS.

¹⁵ „Intifada“ ist der Name für zwei palästinensische Aufstände gegen Israel (1987 bis 1993 und 2000 bis 2005). Das zugrundeliegende arabische Verb bedeutet wörtlich „abschütteln“, „sich erheben“.

Die Charta wurde 2017 überarbeitet und enthält nun keine judenfeindlichen religiösen Zitate aus Koran und Sunna mehr. Entfallen sind zudem explizite Verweise auf die „Protokolle der Weisen von Zion“. Dennoch wird weiterhin die Rückkehr aller Flüchtlinge an den Ort, von dem sie während der Kriege (insbesondere 1948 und 1967) geflohen sind, gefordert. Die Verwirklichung dieser Forderung würde jedoch unweigerlich das Ende Israels als jüdischem Staat bedeuten.



Darstellung auf einer antizionistischen, propalästinensischen Webseite.

■ Hizb Allah

Die insbesondere im Libanon agierende schiitische Hizb Allah („Partei Gottes“), die politisch und religiös in enger Verbindung zum Iran steht, entstand im Zuge des Libanonkrieges 1982, in dem Israel in den Süden des Libanon einmarschierte, um Teile der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu bekämpfen, die sich in den Libanon zurückgezogen hatten. Die Hizb Allah versteht sich dezidiert als Widerstandsbewegung gegen Israel und betreibt intensiv antisemitische Propaganda, beispielsweise über den eigenen TV-Sender „al-Manar“. Die Existenz Israels wird grundsätzlich abgelehnt und dessen Vernichtung zum Ziel erhoben. Der Iran betreibt als enger Verbündeter ebenfalls eine gegen Israel gerichtete Politik und hat sich auf schiitischer Seite als angebliche Schutzmacht der Muslime gegen Israel



Flagge der Hizb Allah.

etabliert. Neben wiederkehrenden militärischen Drohungen begeht der Iran jährlich den „al-Quds-Tag“¹⁶, der in Deutschland von der Hizb Allah organisiert wird. Im Verlauf dieser Veranstaltung kam es auch in Deutschland immer wieder zu antisemitischen Äußerungen.



Antisemitische Darstellung auf einem Hizb Allah-nahen Twitter-Account.

Antisemitismus im Salafismus¹⁷

Antisemitische Darstellungen und Hasspropaganda sind ein bedeutender Teil der Kommunikation in salafistischen Bewegungen und Gruppen. Salafisten teilen die Welt in Gläubige und Ungläubige ein. Gläubige sind ihrer Auffassung nach nur Menschen, die genau ihrer strikten Auslegung des Islams folgen – alle anderen gelten als ungläubig. Gerade im jihadistisch¹⁸ ausgerichteten Salafismus bedeutet dies, dass Andersgläubige auch mit Gewalt bekämpft werden. Juden gehören für Salafisten nicht nur zur Gruppe der Ungläubigen, sondern sie werden im Sinne moderner Verschwörungstheorien für alle Übel der Welt verantwortlich gemacht und als zentrale Feinde des Islams (neben den Christen bzw.

¹⁶ Der „al-Quds-Tag“ ist ein gesetzlicher Feiertag in der Islamischen Republik Iran. Er beginnt jährlich am letzten Freitag des Monats Ramadan und dient als staatlich organisierte Massendemonstration gegen Israel, bei der die „Befreiung Jerusalems von den zionistischen Besatzern“ gefordert wird. Al-Quds („die Heilige“) ist der arabische Name von Jerusalem.

¹⁷ Salafismus bezeichnet eine Form des Islamismus. Die Anhänger dieser Strömung propagieren, dass der Islam nur zur Zeit des Propheten Muhammad und seiner unmittelbaren Nachfolger korrekt gelebt wurde. Ziel ist es daher, diesen utopischen „Urzustand“ wiederherzustellen, je nach Gruppe auch gewaltsam. Zum Salafismus gehören Bewegungen wie der sogenannte Islamische Staat und al-Qaida.

¹⁸ In Abgrenzung zum politischen Salafismus, der vor allem auf Missionierung setzt, propagieren jihadistische Salafisten die Anwendung von Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele.

„Kreuzzüglern“) diffamiert. Die verwendeten Motive gleichen denen, die im Islamismus insgesamt vorherrschen – also eine Mischung aus religiösen Quellen, Verschwörungstheorien und Antizionismus.

Auswirkungen auf Deutschland

In Deutschland hat es vielfach Debatten darüber gegeben, ob im Zuge der Migration insbesondere aus mehrheitlich muslimischen Ländern antisemitische Äußerungen und Angriffe zunehmen könnten. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass antisemitische Propaganda und gegen Israel gerichtete Rhetorik in vielen mehrheitlich muslimischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas Bestandteil der alltäglichen Medienberichterstattung, der Aussagen von Politikern und der Erziehung sind. Insofern sind die während der Sozialisation in den Herkunftsregionen vermittelten latenten oder manifesten antisemitischen Stereotype, häufig mit dem Bild vom „Feindstaat Israel“, prägend für die Einstellung vieler Einwanderer aus der Region.

Antisemitische Äußerungen, gerade bei propalästinensischen Demonstrationen wie dem al-Quds-Tag oder bei Protesten gegen Angriffe Israels, sind kein Phänomen allein der letzten Jahre. Im Zuge solcher Demonstrationen gab es in Deutschland bereits wiederholt israelfeindliche und antisemitische Äußerungen. So wurden immer wieder Israelflaggen verbrannt und zur Vernichtung Israels aufgerufen. Dies geschah beispielsweise bei einer Demonstration in Berlin gegen die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch den US-amerikanischen Präsidenten im Jahr 2017. Bei dieser Veranstaltung wurde u. a. folgender Spruch skandiert:

„Khaybar¹⁹ 'Khaybar ya yahud, Jaish Muhammad saufa ya'ud!' („Juden, erinnert Euch an Khaybar, die Armee Muhammads kommt wieder!“)

Zum selben Anlass organisierte die Palästinensische Gemeinde Hannover e. V. am 16.12.2017 eine Mahnwache vor dem Hauptbahnhof in Hannover. Bei dieser Veranstaltung herrschte eine aggressive Stimmung gegen den Staat Israel, unter anderem skandierten die Teilnehmenden:

„Wir werden nach al-Quds gehen, um millionenfach den Märtyrertod zu erlangen.“

¹⁹ Khaybar war eine von Juden besiedelte Oase, die von Muhammad und seiner Armee zunächst angegriffen und dann erobert wurde.

Viele, gerade auch in Deutschland agierende islamistische Gruppen behaupten, ihre Motive bezögen sich allein auf eine Kritik der Politik Israels und seien keineswegs als Ablehnung der Juden aufgrund von Religion zu verstehen. Damit versuchen sie, sich dem Vorwurf des Antisemitismus zu entziehen. Häufig wird dennoch nicht zwischen Juden als Angehörigen einer Religion, die weltweit ausgeübt wird, und dem Staat Israel getrennt. Sofern zudem keine Differenzierung zwischen dem Handeln eines Staates und der Bevölkerung erfolgt oder die Existenz des Staates Israel insgesamt infrage gestellt wird, handelt es sich gleichwohl um Antisemitismus. Selbst wenn sich offen antisemitische und weltverschwörerische Äußerungen islamistischer Bewegungen auf Deutsch heute eher selten finden, sind sie nach wie vor in der muttersprachlichen Propaganda der Gruppen präsent, insbesondere auch über konsumierte Medienkanäle aus dem Ausland.

5. ANTISEMITISMUS IM LINKSEXTREMISMUS

Für viele Menschen ein immer noch neues Thema stellt der Antisemitismus innerhalb der linksextremistischen Szene dar. Personen, die sich als „Antifaschisten“ bezeichnen, werden in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mit Antisemitismus in Verbindung gebracht.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass durchaus auch im linksextremistischen Spektrum eine dokumentierbare Tradition von Antisemitismus zu finden ist. Beispiele hierfür zeigen sich bei den Frühsozialisten, der europäischen Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts und bei den marxistischen Klassikern. Bereits Marx äußerte sich 1843 „zur Judenfrage“ und erklärte das Judentum als „Eigennutz“, den Juden zum „Schacher“ und als jüdischen Gott das Geld. Im wissenschaftlichen Diskurs ist jedoch umstritten, ob Marx tatsächlich ein Antisemit gewesen ist.²⁰

Mit den Studentenrevolten ab 1966 nahm der Linksextremismus in der Bundesrepublik an Fahrt auf. Ab den beginnenden 1970er-Jahren bildeten sich aus der zerfallenden 1968er-Bewegung linksterroristische Gruppen wie die Rote-Armee-Fraktion (1970–1998), die Bewegung 2. Juni (1971–1980) oder die Revolutionären Zellen (1973–1993). Die „Konzepte“ ähnelten untereinander sehr. Die Positionen formulierten weniger „Für“-Ziele, sondern vor allem Anti-Haltungen. So war man beispielsweise gegen den „imperialistischen Staat“, gegen das „Schweine-System“, auch gegen den „Zionismus“, also gegen den jüdischen Nationalstaat in Palästina. Der Antisemitismus zeigt sich dabei insbesondere bei Demonstrationen, auf denen antisemitische Banner und Plakate hochgehalten werden. Der Antisemitismus innerhalb der linksextremistischen Szene wird darüber hinaus immer dann deutlich, wenn der „jüdische Kapitalist“ als Inbegriff des „raffgierigen Kapitalisten“ erscheint, geheime Mächte im Hintergrund als unsichtbare „Strippenzieher“ ausgemacht werden, deren Darstellung an die „Protokolle der Weisen von Zion“ erinnert, und Israel als „Jude unter den Staaten“ als einzigem Land auf der Welt das Existenzrecht abgesprochen wird. Dabei muss der Antizionismus als das verbindende Element verstanden werden. Dieser kristallisierte sich innerhalb der 1968er-Studentenbewegung sowie in den sich bildenden linksextremistischen Strömungen in den 1970er-Jahren heraus.

²⁰ Vgl. dazu Arendt, Hannah: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986, S. 96, sowie Silberner, Edmund: *Sozialisten zur Judenfrage. Ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1914*, Berlin 1962, S. 125 ff.

Als ein Beispiel für antisemitische Verhaltensweisen und Anschläge von deutschen Linksextremisten/Terroristen gilt der 27. Juni 1976. An diesem Tag wurde der Flug 139 der Air France nach dem Start in Athen entführt (Operation Entebbe). Die Entführer bestanden aus zwei Angehörigen der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und zwei Mitgliedern der deutschen Revolutionären Zellen, Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann. Die deutschen Terroristen Böse und Kuhlmann „selektierten“ die jüdischen Passagiere von den anderen in einer Flughafenhalle in Entebbe. Die übrigen Geiseln wurden freigelassen. Mehrere jüdische Geiseln erinnerte diese Situation an die Selektion in den deutschen Konzentrationslagern.

Und auch heute scheint der wiedererstarke Antizionismus in der linksextremistischen Szene als ein gemeinsamer Nenner zu funktionieren. In der traditionskommunistischen Zeitung „junge Welt“ war beispielsweise die Rede von einem planvollen „Pogrom gegen Gaza, verübt von Fachleuten“. Darüber hinaus wurde Gaza selbst zum „Schlachthaus“ erklärt.

Während antideutsch ausgerichtete Linksextremisten sich aufgrund der deutschen Verbrechen an den europäischen Juden während der NS-Diktatur bedingungslos mit dem Staat Israel und allen Menschen jüdischen Glaubens solidarisieren, stehen antiimperialistisch ausgerichtete Linksextremisten dem jüdischen Staat kritisch bis ablehnend gegenüber. Im Staat Israel sehen sie in erster Linie den Repräsentanten des amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus, der die arabische Welt bzw. das palästinensische Volk ausbeutet und unterdrückt. Zugleich setzen sie israelische Militäraktionen mit den Taten der Nationalsozialisten gleich und bezeichnen Israel als einen „Apartheidstaat“. Aus diesem Grund solidarisieren sie sich mit den Palästinensern und nehmen eine einseitig proarabische bzw. propalästinensische Grundposition ein. In ihrer antizionistischen Grundhaltung kritisieren sie die Außen- und Sicherheitspolitik des Staates Israel massiv, manche von ihnen fordern gar dessen Auflösung.

Antisemitismus bleibt ein viel und kontrovers diskutiertes Thema innerhalb der linksextremistischen Szene. Unter einigen linksextremistischen Gruppierungen lassen sich deutliche antizionistische und antisemitische Grundeinstellungen feststellen und beobachten. Festzuhalten ist, dass sowohl im Islamismus als auch im Rechtsextremismus Antisemitismus zu den konstitutiven Bestandteilen der jeweiligen Ideologie gehört. Dies ist beim Linksextremismus nicht der Fall. Es lässt sich keine allgemeine Feindschaft gegenüber Juden feststellen. Jedoch finden sich innerhalb der linksextremistischen Szene einige Behauptungen von einer Verbindung von Kapitalismus und Juden. Vor allem spielt der Nahost-Konflikt eine zentrale Rolle im öffentlichen Diskurs der linksextremistischen Szene. Dort wird ein Feindbild bezüglich der Verantwortung für den Nahost-Konflikt geprägt und die Haupt-

schuld im angeblich aggressiven Vorgehen der israelischen Regierung gesehen. In diesem Zusammenhang spricht die Szene in historisch-politisch besetzten Begrifflichkeiten wie „Vernichtungskrieg“. Die Bereitschaft, auch gewalttätig gegen Juden und/oder jüdische Institutionen vorzugehen, lässt sich gegenwärtig indes nicht feststellen.

6. PRÄVENTION

Staatliche und nichtstaatliche Einrichtungen haben in den letzten Jahren ein noch stärkeres Bewusstsein für Antisemitismus entwickelt. Dies zeigt sich an der Vielzahl von Maßnahmen und Projekten, die zum Thema „Antisemitismusprävention“ durchgeführt werden. Deutlich wird jedoch auch eine große Unsicherheit dahingehend, was unter Antisemitismus zu verstehen ist und welche pädagogischen und politischen Schritte zu einer nachhaltigen Prävention sinnvollerweise zu ergreifen wären.

Fest steht, dass die Gesellschaft die Auseinandersetzung mit Antisemitismus offensiv führen muss. Es ist dabei nicht einfach, eine Vorurteilsstruktur zu überwinden, die sich über Jahrhunderte etabliert hat. Sie wird häufig durch die Form des sekundären Antisemitismus unterschwellig, auf den ersten Blick nicht immer leicht erkennbar angesprochen. Für solche Darstellungen und Argumentationsmuster muss im Rahmen von Präventionsmaßnahmen sensibilisiert werden.

Das Internet begünstigt die Verbreitung antisemitischer Darstellungen und Haltungen. Mit der weitgehenden Anonymität im Internet verliert die Tabuisierung antisemitischer Äußerungen an Wirkung. Antisemiten jeglicher Couleur fühlen sich hierdurch animiert, den Judenhass deutlicher zu artikulieren. Der offene Antisemitismus, der hier propagiert wird, kann nicht ohne Auswirkungen auf die reale Welt bleiben.

Das Internet ist nur ein Medium. Wohl aber potenzieren sich antisemitische Meinungen im Netz durch die Möglichkeit der schnellen Verbreitung und der großen Reichweite. Wer sich über die sozialen Medien beispielsweise zum Nahost-Konflikt informieren möchte, gerät schnell in die Propagandamühlen, die von Israel als einem „Terrorstaat“, einem „Apartheid-Regime“ oder einem Staat sprechen, dessen Einwohner „Kindermörder“ seien. Gleiches gilt für Verschwörungstheorien, deren antisemitischer Gehalt manchmal nur auf den zweiten Blick erkennbar ist.

Die Bundesregierung und die Niedersächsische Landesregierung haben in den letzten Jahren vermehrt Anstrengungen unternommen, auf große Anbieter im Bereich der Sozialen Medien wie Facebook, Twitter und YouTube einzuwirken, um Regulierungen gegen „Hate Speech“ im Netz zu erreichen. Unter Wahrung der Grundrechte, insbesondere der Meinungsfreiheit, werden Empfehlungen gegeben, wie Hassbotschaften im Internet begegnet werden kann. Danach sollen „anwenderfreundliche Mechanismen zur Übermittlung von Beschwerden zur Verfügung“ gestellt werden, die dann „zügig“ zu prüfen seien.

Neben einer wirksamen Strafverfolgung ist Prävention die beste Maßnahme, um Antisemitismus entgegenzutreten. Prävention leistet dabei einen wichtigen Beitrag sowohl zur Stärkung demokratischer Grundwerte als auch zur Vorbeugung von Gewalt und Radikalisierung. Wichtig hierbei ist ein kritischer Umgang mit Medien aller Art. Besonders gefährlich ist es, wenn Hass-Kommentare auf Internetplattformen wie Facebook, Instagram, Telegram, Twitter, TikTok oder YouTube sichtbar sind, wo sie dann meist von sehr jungen Menschen gesehen werden. Fest steht, dass die Meinungs- und Informationsfreiheit als fundamentale Freiheit für unsere offene Gesellschaft gesehen werden muss. Somit muss Demokratie heute auch online durch eine wehrhafte Gesellschaft verteidigt werden. Die Vermittlung von Internetkompetenz und die Sensibilisierung dafür, dass insbesondere Extremisten gezielt Fehlinformationen im Internet streuen, sind heute wichtige Aufgaben der Extremismusprävention.

„Es geht nicht um die Verantwortung im Dritten Reich, es geht nicht um Vorwürfe, sondern wir müssen uns klar sein, dass wir alle die Verantwortung haben, dass so etwas nie mehr passiert. Und alle müssen dabei zusammenarbeiten.“

Michael Fürst (Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen sowie der Jüdischen Gemeinde Hannover)

„Der Unkenntnis über jüdisches Leben kann nur durch fortlaufende Begegnung sowie eine konsequente und nachhaltige Bildungs- und Aufklärungsarbeit entgegengewirkt werden. Gerade in Zeiten, in denen das Denken Ewig-Gestriger immer mehr Köpfe zu erreichen scheint, wird es notwendig sein, immer wieder mit allem Nachdruck und großer Empathie herauszustellen, in welcher Weise jüdisches Leben in diesem Land das Leben von uns allen zu bereichern und bedeutsame kulturelle Impulse zu liefern vermag.“

Dr. Franz Rainer Enste (Niedersächsischer Landesbeauftragter gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens)

Der Niedersächsische Verfassungsschutz beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem Thema Antisemitismus. Information und Sensibilisierung wird dabei durch den Jahresbericht des Niedersächsischen Verfassungsschutzes sowie eine Vielzahl an Fachvorträgen, die Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ und öffentliche Veranstaltungen wie Symposien oder das Diskussionsformat „Aktuell und Kontrovers“ betrieben.

Fort- und Weiterbildungen sowie themenbezogene Schulungen z. B. von Lehr- und Fachkräften bietet der Niedersächsische Verfassungsschutz kostenfrei an.



**Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport**

Verfassungsschutz

Aktuelle Informationen zum Angebot des Niedersächsischen Verfassungsschutzes können unter www.verfassungsschutz.niedersachsen.de abgerufen werden.



L P R Landespräventionsrat
Niedersachsen

Weitere Präventionsformate bietet der Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR). Der LPR ist ein eigenständiges Beratungsorgan der Landesregierung sowie örtlicher Gremien und Einrichtungen. Seine globalen Zielsetzungen sind die Reduzierung des Kriminalitätsaufkommens und die Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen. Der LPR fördert ebenfalls durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ die Prävention von Antisemitismus in Niedersachsen. Weitere Informationen unter: www.lpr.niedersachsen.de

SCHLUSSWORT

Der Kampf gegen den Antisemitismus ist ein Thema, das der Niedersächsische Verfassungsschutz bereits im Jahr 2014 im Rahmen eines phänomenübergreifenden Symposiums öffentlichkeit diskutiert hat.

Gerade unsere historische Verantwortung, die aus der Shoa erwächst, bedeutet für uns als Verfassungsschutz: Wir müssen die Rechte der Menschen schützen. Schützen vor jeglicher Form der Menschenfeindlichkeit und damit auch schützen vor antisemitischer Hetze.



Leider müssen wir feststellen, dass Antisemitismus noch immer Raum in Deutschland und auch Niedersachsen einnimmt. Studien belegen eindrücklich, dass antisemitische Einstellungsmuster in der Bevölkerung nach wie vor verbreitet sind. Angefangen bei antisemitischen Vorurteilen, die in allen Gesellschaftsschichten zu finden sind, bis hin zu antisemitischer Hetze und Verschwörungstheorien in den verschiedenen extremistischen Szenen: Im Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus. Und das perfide: Alle diese Extremisten können mit ihren antisemitischen Ideologien an die von vielen Personen mal mehr oder weniger offen zur Schau getragenen Vorurteile gegen Jüdinnen und Juden anknüpfen.

Das wiederum führt dazu, dass sich Extremisten mit ihrer antisemitischen Hetze im Recht und bestätigt fühlen. Ein, wie ich finde, unsäglicher Kreislauf, den wir unbedingt durchbrechen müssen! Heute mehr denn je, wo in den sozialen Netzwerken des Internet die Möglichkeit besteht, anonym zu beleidigen, Hass zu verbreiten, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen bis hin zur gegenseitigen Aufstachelung zu Gewalt und Terror.

Umso wichtiger ist es, über die Ausprägungen des Antisemitismus zu informieren, die Konsequenzen dieser gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit unablässig aufzuzeigen und präventiv tätig zu werden.

Gerade in der heutigen Zeit und nicht zuletzt im Kontext der Corona-Pandemie, in der Verschwörungstheorien mit deutlich antisemitischen Inhalten in manchen Zirkeln wieder salonfähig sind und auf die Straße getragen werden, ist es unsere Aufgabe, dieser Ideologie aktiv und entschlossen entgegen zu treten. Information und Prävention sind wichtige Bausteine, um antisemitische Hetze, auch wenn sie noch so niedrigschwellig formuliert wird, zu erkennen und Gegenstrategien zu entwickeln.

Grundlage für eine erfolgreiche und nachhaltige Prävention ist, dass Antisemitismus frühzeitig erkannt wird und ein entsprechendes Wissen in der Bevölkerung über dessen Auswirkungen und Gefahren vermittelt wird. Unsere Broschüre soll hierzu im Festjahr zu 1.700 Jahre jüdischem Leben in Deutschland einen konkreten Beitrag leisten.

Abschließend möchte auch ich mich ausdrücklich bei Herrn Dr. Franz Rainer Enste, Herrn Michael Fürst und Herrn Dr. Felix Klein sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, die zum Entstehen der Broschüre „Antisemitismus im Extremismus“ beigetragen haben, bedanken. Wir müssen und wir werden unseren Einsatz im Kampf gegen den Antisemitismus entschlossen fortsetzen.



Bernhard Witthaut

Niedersächsischer Verfassungsschutzpräsident

Bildverzeichnis

- 5 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
- 8 BMI (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat)
- 9 Landesverband der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen
Fotograf: Hans-Jürgen Weiß
- 18 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport/Verfassungsschutz
- 19 Internetseite der Partei Der III. Weg
Internetseite der Partei Der III. Weg
- 20 Internetseite der NPD
- 21 Internetseite der NPD
- 22 Internetseite der Partei Die Rechte
Internetseite der Partei Die Rechte
- 23 www.facebook.com
www.facebook.com
Internetseite der Partei Die Rechte
- 25 CD-Cover
- 27 Logo der Identitären Bewegung
- 28 Internetseite der Identitären Bewegung
- 29 Broschüre zur Identitären Bewegung, Verfassungsschutz Niedersachsen
- 32 Propalästinensische Internetseite
- 33 Arabischer Blogbeitrag mit verschwörungstheoretischen Inhalten
Flagge der Hamas
Logo der Hamas
- 34 Antizionistische Internetseite
Flagge der Hizb Allah
- 35 www.twitter.com
- 43 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport/Verfassungsschutz
Logo des Landespräventionsrates Niedersachsen
- 44 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport/Verfassungsschutz

Verteilerhinweis

Diese Druckschrift wird von der Landesregierung Niedersachsen im Rahmen ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



Herausgeber:
Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Büttnerstraße 28, 30165 Hannover
Telefon: 0511 6709-217
Telefax: 0511 6709-394
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@mi.niedersachsen.de
Internet: www.verfassungsschutz.niedersachsen.de
Facebook: <https://www.facebook.com/Verfassungsschutz.Niedersachsen>
Instagram: <https://instagram.com/inform.ella>
Twitter: https://twitter.com/LfV_NI
Telegram: <https://t.me/fairfassung>